



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 13.05.2025

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:07 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Drescher, Michael
Eisenbusch-Costerousse, Dagmar - Teilnahme ab 18:03
Uhr
Gettwert, Volker, Dr.
Gutgesell, Andreas
Hörter, Frank
Kolb, Thorsten
Konstandin, Angelika
Kröner, Holger
Lüthje-Lenhardt, Monika
Nickles, Helmut
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Reichenbacher, Nina
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Schaier, Barbara
Schwab, Petra
Schwarz, Simon
Vortisch, Volker Hans - Teilnahme ab 18:22 Uhr
Wenz, Jonathan

Schriftführer/in:

Gammel, Jana

Verwaltung:

Bauer, Christian
Kauff, Nicole
Maier, Elisa
Pöschl, Marcus
Schlia, Sabine
Schmid, Lukas
Sturm, Thomas



Mitwirkende/ext. Org.:

AWO Soziale Dienste gGmbH - zu TOP Ö 2
(Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit)
Kinder- und Jugendhaus Pfinztal - zu TOP Ö 3 (Kinder-
und Jugendhaus Pfinztal)

**Ortsbeauftragte/r |
Ortsvorsteher/in:**

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Frensch, Kristin - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 05.05.2025.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 08.05.2025.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderätin Angelika Konstandin
Gemeinderätin Barbara Schaier



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit **BV/568/2025**
 - Jahresbericht 2024
 - Ausblick 2025
3. Kinder- und Jugendhaus Pfinztal **BV/569/2025**
 - Jahresrückblick 2024
 - Ausblick 2025
4. Austausch eines Werbeschildes an der Waschhalle der bestehenden Tankstelle, Karlsruher Straße 18, OT Berghausen **BV/579/2025**
 - Beratung und Beschlussfassung
5. Umnutzung Dachgeschoss des Scheunenanbaus, Breitenfeldstraße 8, OT Berghausen **BV/580/2025**
 - Beratung und Beschlussfassung
6. Nachtragshaushaltsplan und Haushaltssatzung 2025 **BV/533/2024/1**
 - Entwurf des Nachtragshaushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025
 - Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
7. Belieferung Holzhackschnitzel **BV/516/2024/2**
 - Auftragsvergabe
8. Mitteilungen der Bürgermeisterin
9. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
10. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

2. Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit - Jahresbericht 2024 - Ausblick 2025

BMin Bodner leitet in den TOP ein und begrüßt das Team der Schulsozialarbeit und Mobile Jugendsozialarbeit.

Frau Hurst begrüßt den Gemeinderat herzlich und stellt sich dem Gremium vor. Heute stellen sie den Rückblick auf das Jahr 2023/2024 vor. Sie erläutert das Pfinztaler Modell. Dieses Modell besteht aus der Schulsozialarbeit, der mobilen Jugendsozialarbeit sowie dem Kinder- und Jugendhaus. Alle Angebote sind unter dem Dach der AWO gebündelt. Säulen die damit verbunden sind, sind einmal die Niederschwelligkeit, das bedeutet, dass das Team vor Ort erreichbar ist, die Freiwilligkeit und zuletzt die Vertraulichkeit, genauer gesagt die Schweigepflicht. Die Arbeit ist mit einem großen Netzwerk verbunden. Dies bedeutet auch unter anderem die Jugendgerichtshilfe oder auch die Beratungsstellen. Aber auch das Kinder- und Jugendhaus und die Gemeinde sind ein Teil vom Netzwerk.

Herr Osterlow stellt sich dem Gremium vor. Er ist seit mittlerweile 15 Jahren als mobiler Jugendsozialarbeiter tätig. Herr Osterlow präsentiert die Statistiken in einer PowerPoint-Präsentation vor, beginnend mit der Altersverteilung. Im Jahr 2024 hat er mit 35 Jugendlichen zusammengearbeitet, im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Person weniger. Hauptsächlich waren es Jugendliche zwischen 14 bis 18 Jahren. Die Altersgruppe der 19- bis 27-Jährigen macht einen Anteil von 29 % aus. Bei der Geschlechterverteilung ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg des männlichen Anteils zusehen. Bei der Verteilung der Tätigkeit ist der Großteil der Jugendlichen arbeitstätig. Im Bereich besondere Lebenslagen gab es im Jahr 2024 ein Anstieg um 20 % bei Konflikten mit Freunden, Partner und Familie. Dies umfasst die Spannungen im Elternhaus sowie die Situation junger Eltern, die ein Kind bekommen haben. Die Zahl der Jugendlichen auf Arbeitssuche ist im Vergleich zum Vorjahr von 27 % auf 14 % gesunken. Allerdings gab es eine Verlagerung zur Berufsorientierung. Dabei ging es nicht zwingend um arbeitslose Jugendliche, sondern vielmehr um junge Menschen, die mit ihrem aktuellen Job unzufrieden waren. Bei den psychischen Auffälligkeiten gab ein Rückgang von 10 %. Auch die Straftaten nach dem Strafgesetzbuch hat sich verringert. Zum Abschluss erklärt Herr Osterlow den letzten Balken. Dieser betrifft schöne Begegnungen. Hierbei handelt es sich um Erzählungen der Jugendlichen über erfreuliche Ereignisse wie z. B. das Bestehen der Führerscheinprüfung.

GR Nickles erzählt, dass er morgens beim Spaziergehen bestimmte Brennpunkte der Jugendlichen sieht. GR Nickles möchte wissen, ob hierfür die mobile Jugendsozialarbeit in solchen Fällen tätig werden kann oder ob dies nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt.

Herr Osterlow antwortet, dass er vormittags überwiegend nur in der Schule ist.

GRin Eisenbusch bedankt sich für die gute Arbeit. Man kann sich glücklich schätzen, dass wir so ein gutes System haben. GRin Eisenbusch erkundigt sich, ob es derzeit noch kleinere Gruppen von Jugendlichen gibt, die durch Randalereien oder auffälliges Verhalten in Erscheinung treten.



Herr Osterlow antwortet, dass es solche Gruppen immer weniger gibt.

GR Ringwald merkt an, dass der Balken zur Arbeitssuche in der Präsentation deutlich angestiegen ist. Er möchte wissen, wodurch es sich erklären lässt.

Herr Osterlow erklärt, dass der Anstieg eine wachsende Unzufriedenheit unter den Jugendlichen ist. Viele hätten andere Vorstellungen vom Berufsleben, als es sich in der Realität darstelle. Es ist grundsätzlich eine Frage der Bildung wie die Schüler aus der Schule rauskommen mit ihren Vorstellungen.

GRin Lühje-Lenhardt bedankt sich herzlich für den aussagekräftigen Bericht. Besonders gefällt ihr die übergreifende Arbeit.

Herr Bauer begrüßt das Gremium und berichtet über die Entwicklungen in der Schulsozialarbeit an der GHWS in Pfinztal im vergangenen Jahr. Insgesamt wurden 348 Beratungsgespräche durchgeführt sowie 218 individuelle Begleitungen geleistet. Es gab einen Anstieg bei den weiblichen Klientinnen. Herr Bauer erklärt dies mit einem gesamtgesellschaftlichen Trend, wonach weibliche Jugendliche häufiger Hilfe in Anspruch nehmen als männliche. Ein Jahresvergleich der Schularten zeigt, dass insbesondere im Grundschulbereich ein Zuwachs ist. Die Themen der Einzelfallhilfe im Jahresvergleich sind ähnlich geblieben. Diese sind Konflikte unter Schülern, Konflikt und Beruf, Konflikte im Zusammenhang im Elternhaus und die psychologischen Auffälligkeiten. Im Bereich der Projektarbeit konnten im vergangenen Jahr insgesamt 802 Kinder und Jugendliche erreicht werden. In der PowerPoint-Präsentation werden die einzelnen Projekte dargestellt und aufgelistet. Zum Abschluss zeigt Herr Bauer ein Einblick ins laufende Schuljahr.

GR Dr. Gettwert möchte wissen, wie ein Beratungsgespräch zustande kommt.

Herr Bauer erklärt, dass es verschiedene Wege gibt. Die Schülerinnen und Schüler wenden sich häufig direkt an die Schulsozialarbeiter und das entweder persönlich, per E-Mail oder telefonisch. Auch Eltern oder Lehrkräfte nehmen Kontakt auf. Viele Schülerinnen und Schüler kennen die Schulsozialarbeiter bereits gut und suchen selber das Gespräch.

GRin Schwab bedankt sich für den Bericht. Es wurde erwähnt, dass es einen besonderen Anstieg bei der Grundschule gab. Frau Schwab möchte wissen, woraus dieser Anstieg erschließt.

Herr Bauer antwortet, dass die Klassenzusammensetzungen immer komplexer werden und die Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedliche Bedürfnisse haben. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen würden sich dabei bei den Jüngeren früh bemerkbar machen.

Frau Oppermann stellt die Schulsozialarbeit im Bildungszentrum vor. Im vergangenen Jahr fanden 731 Beratungsgespräche mit insgesamt 168 Schülerinnen und Schüler statt. Darüber hinaus gab es im Rahmen der Einzelfallhilfe 130 Kontakte mit Eltern sowie 299 Kontakte mit Netzwerkpartnern, wie z. B. dem Jugendamt oder verschiedenen Beratungsstellen. Frau Oppermann zeigt anhand der Powerpoint-Präsentation ebenfalls eine statistische Verteilung des Geschlechts und der Schulform. Dabei wird deutlich, dass Mädchen häufiger Beratungsangebote wahrnehmen als Jungen. Bei der Schulform ist die Realschule häufiger vertreten. Zu den häufigsten Themen in der Einzelfallhilfe zählten die Konflikte mit Mitschülern, Probleme in der Schule oder in der Ausbildung und emotionale Probleme. Im Vergleich zu den Vorjahren ist ein deutlicher Anstieg bei Mobbing zu sehen.



GRin Lühje-Lenhardt fragt nach, ob ein Austausch mit anderen Schulsozialarbeitern stattfindet.

Frau Oppermann bestätigt dies und erklärt, dass es Kooperationsgespräche gebe. Zwar hätten die einzelnen Schulen unterschiedliche Schwerpunkte, dennoch findet ein Austausch statt.

Frau Hurst ergänzt, dass es einen ständigen Austausch gibt, insbesondere wenn Schülerinnen und Schüler von der Werkrealschule ins Bildungszentrum wechseln. In solchen Fällen ist die räumliche Nähe der Schulsozialarbeit besonders hilfreich.

GR Schwarz möchte wissen, wie hoch die Schulsozialarbeit den Anteil der Jugendlichen einschätzt, die die Hilfe tatsächlich in Anspruch nehmen, und wie viele möglicherweise Hilfe benötigen würden, sich aber nicht melden.

Frau Hurst betont, dass dies schwer zu beantworten ist. Die Freiwilligkeit ist jedoch was Besonderes der Schulsozialarbeit. Sie ermöglicht es, dass Schüler auch mit schwierigen Themen aktiv auf das Team zukommen können. Es ist auch schon vorgekommen, dass Schülerinnen und Schüler ihre Freunde begleiten die Unterstützung benötigen.

GR Drescher möchte wissen wie die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften aussieht.

Frau Oppermann antwortet, dass sie das Glück einer sehr guten Zusammenarbeit mit beiden Schulleitungen sowie mit den Lehrkräften haben. Es finden regelmäßig ein Austausch mit Schulleitungen statt. Auch in den Pausen durch den Besuch im Lehrerzimmer, besteht ein Kontakt.

Frau Oppermann stellt noch die Projektarbeiten im vergangenen Jahr vor. Insgesamt fanden 27 Projekte statt, an denen 591 Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben. Besonders beliebt ist das Kennenlern-Projekt der Klassenstufe 5 im Kinder- und Jugendhaus. Auch die Medienprävention in Kooperation mit der Polizei zeigt ein großes Interesse bei den Schülerinnen und Schülern.

Frau Hurst gibt einen Ausblick auf das laufende Schuljahr. Sie betont, dass sich die Schwerpunkte der Arbeit teilweise verändern, die grundsätzlichen Themenbereiche jedoch gleichbleiben.

BMin Bodner bedankt sich rechtherzlich für die Präsentationen und die wertvolle Arbeit.

Beschluss:	Der Gemeinderat nimmt den Jahresbericht 2024 zur Kenntnis.
-------------------	---



3. **Kinder- und Jugendhaus Pfinztal** **- Jahresrückblick 2024** **- Ausblick 2025**

BMin Bodner leitet in den TOP ein und begrüßt das Team vom Kinder- und Jugendhaus Pfinztal

Frau Stimpfig-Hristov und **Herr Wachholz** stellen sich dem Gremium vor. Frau Stimpfig-Hristov arbeitet im Kinder- und Jugendhaus seitdem das Gebäude gebaut wurde. Herr Wachholz ist seit 2003 im Kinder- und Jugendhaus dabei. Sie präsentieren anhand eines Filmes die Aktivitäten im Jahr 2024.

GRin Lühje-Lenhart zeigt sich berührt von den gezeigten Bildern und Videos und lobt das gesamte Team des Kinder- und Jugendhauses für seine Arbeit. Sie stellt fest, dass es sehr vielfältig ist. Es sieht einfacher aus, obwohl es das nicht ist. Dahinter steckt viel Vorbereitungsarbeit, Organisation und Kommunikation.

GR Dr. Gettwert erkundigt sich, welche Kinder das Kinder- und Jugendhaus überwiegend besuchen.

Frau Stimpfig-Hristov betont, dass die Besucher des Kinder- und Jugendhauses aus allen gesellschaftlichen Schichten Pfinztals stammen. Es gibt keine Bevorzugung bestimmter Gruppen.

GR Drescher ist beeindruckt von der Arbeit des Kinder- und Jugendhauses und betont, dass diese Angebote wichtiger denn je seien. Insbesondere auch für die Generation der Pandemie. Auch in Zeiten digitaler Überforderung. Besonders lobt er die Kooperationen mit verschiedenen Schularten und der Jugendfeuerwehr. GR Drescher hebt hervor, dass das Kinder- und Jugendhaus auch Integrationsarbeit und musikalische Früherziehung anbietet.

GR Schwarz schließt sich den Ausführungen von GR Drescher an. Zudem möchte er wissen, ob bestimmte Ortsteile wie beispielsweise Berghausen stärker vertreten sind.

Frau Stimpfig-Hristov antwortet, dass die Kinder aus allen Ortsteilen kommen. Zwar sei die fußläufige Erreichbarkeit für Kinder aus Berghausen ein Vorteil, jedoch seien auch viele Kinder aus Söllingen und Wöschbach regelmäßig da. Aus Kleinsteinbach ist die Beteiligung unterschiedlich stark. Insgesamt könnte man nicht sagen, dass Berghausen am stärksten vertreten ist.

GR Schwarz erzählt, dass Anfang des Jahres in Ettlingen ein Self Kino eröffnet hat. Kinder und Jugendliche können ein Kino besuchen und mit mittels einer App sich anmelden. GR Schwarz möchte wissen, ob das Team davon bereits gehört hat.

Frau Stimpfig-Hristov antwortet, dass sie davon noch nichts gehört hat.

Herr Wachholz sagt, dass das Self Kino spannend klingt.

GRin Eisenbusch bedankt sich für die fantastische Arbeit des Teams. Sie berichtet, dass sie sich bei den gezeigten Filmen gerne Anregungen für Aktivitäten mit ihren Enkeln holt und die kreative Arbeit sehr bewundert.



BMin Bodner bedankt sich für die Vorstellung und erklärt, dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird. Sie weist darauf hin, dass der Bericht aus Datenschutzgründen nicht vervielfältigt werden darf. Sie bittet, die Privatsphäre der dargestellten Personen zu respektieren.

Frau Stimpfig-Hristov weist auf das Sommerfest am 06. Juli 2025 hin. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Beschluss:	Der Gemeinderat nimmt den Jahresbericht 2024 zur Kenntnis.
-------------------	---

4. Austausch eines Werbeschildes an der Waschhalle der bestehenden Tankstelle, Karlsruher Straße 18, OT Berghausen - Beratung und Beschlussfassung

BMin Bodner leitet in den TOP ein und übergibt das Wort an Frau Maier von der Gemeindeverwaltung.

Frau Maier verliest die Vorlage. Die Bauherrschaft beantragt den Austausch eines Werbeschildes an der bestehenden Waschhalle der Esso Tankstelle in der Karlsruher Straße im Ortsteil Berghausen. Das neue unbeleuchtete Schild mit der Aufschrift „eg wash“ soll eine Größe von 3 m Länge und 65 cm Breite haben und an der bisherigen Stelle auf der Vorderseite der Waschhalle das aktuelle Logo ersetzen. Das Grundstück liegt im unbeplanten Innenbereich und ist deshalb nach § 34 BauGB zu beurteilen. Aus Sicht der Verwaltung ist der Austausch des Schildes unproblematisch.

GRin Lühje-Lenhardt gibt ihre Zustimmung zum Antrag, auch wenn sie es unverständlich findet, dass für den Austausch des Werbeschildes eine Genehmigung erforderlich ist.

GR Hörter gibt ebenfalls seine Zustimmung und erwähnt, dass dies gesetzlich geregelt ist.

GR Vortisch stimmt ebenfalls zu, vor allem, weil keine zusätzliche Lichtverschmutzung durch das Werbeschild entsteht.

Beschluss:	Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem Austausch des Werbeschildes an der Waschhalle der Tankstelle zu. Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird erteilt.
-------------------	---



**5. Umnutzung Dachgeschoss des Scheunenanbaus, Breitenfeldstraße 8, OT Berghausen
- Beratung und Beschlussfassung**

BMin Bodner leitet in den TOP ein und übergibt das Wort Frau Maier von der Gemeindeverwaltung.

Frau Maier verliest die Vorlage. Die Bauherrschaft plant die Umnutzung des Dachgeschosses in der vorhandenen Scheune in der Breitenfeldstraße im Ortsteil Berghausen. Geplant ist, die vorhandenen Räumlichkeiten im Dachgeschoss zu einem Esszimmer, Wohnzimmer und Spielzimmer umzunutzen. Der Zugang soll über einen Durchgang vom Obergeschoss des Hauptgebäudes erfolgen. Es soll zudem eine offene Terrasse im Dachgeschoss, angrenzend an das bestehende Wohnhaus entstehen. Im Rahmen der Nutzungsänderung sind außerdem Dämmmaßnahmen sowie der Neubau von Innenwänden geplant. Im Erdgeschoss der Scheune befindet sich eine Garage sowie eine Werkstatt und die Ein-/Durchfahrt auf das Grundstück. Das Grundstück liegt im unbeplanten Innenbereich und ist daher nach § 34 BauGB zu beurteilen. Nach Ansicht der Verwaltung fügt sich das Vorhaben in die Umgebungsbebauung ein. Die Verwaltung empfiehlt daher, das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu erteilen.

GR Nickles hat grundsätzlich keine Einwände gegen das Bauvorhaben. Er merkt jedoch an, dass die Terrasse bereits vorhanden sei.

Frau Maier antwortet, dass sie die Terrasse ebenfalls gesehen hat. Sie vermutet, dass die Genehmigung im Nachgang beantragt wurde.

GR Rothweiler stimmt dieser Umnutzung zu. Aus seiner Sicht werden Nachbarbelange durch das Vorhaben nicht belastet.

Beschluss:	Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Umnutzung des Dachgeschosses des Scheunenanbaus in der Breitenfeldstraße zu. Das gemeindliche Einvernehmen nach § 26 BauGB wird erteilt.
-------------------	---



6. Nachtragshaushaltsplan und Haushaltssatzung 2025
- Entwurf des Nachtragshaushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025
- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge

BMin Bodner leitet in den TOP ein. Sie informiert, dass heute über die eingegangenen Anträge der Fraktionen abgestimmt wird. Anfragen, die später eingegangen sind, sollen bis zum 20.05.2025 beantwortet werden. Sie übergibt das Wort an AL Sturm.

AL Sturm erzählt, dass insgesamt 13 Anträge eingegangen sind. Die Anträge sind nach Kostenstelle geordnet. Falls gewünscht, kann die Fraktion die den Antrag erstellt hat kurz erläutern. Teilweise werden wir als Verwaltung Stellung nehmen. Nächste Woche haben wir vor zu beschließen.

GR Ringwald spricht für die CDU-Fraktion. Diese hat keine Anträge gestellt, da sie den entstehenden Arbeitsaufwand für ein halbes Jahr sich nicht lohnt. Der Fokus liegt auf dem Haushalt 2026.

GRin Eisenbusch schließt sich GR Ringwald an. Auch die SPD-Fraktion richtet ihren Fokus auf die Haushaltsjahre 2026/2027. Die Anträge der SPD-Fraktion zielen überwiegend auf Streichungen ab.

AL Sturm verliest die Anträge der Fraktionen über welche der Gemeinderat folgende Beschlüsse fasst:

1. Investitionsprogramm:

Antrag Grunderwerb Kauf Schlüsselgrundstücke von der SPD und ULiP

Dieser Antrag soll für 2025 gestrichen werden und für 2026/2027 wieder Mittel eingestellt werden.

Antwort der Verwaltung: für den Grunderwerb für z.B. Grundstücke in geplanten Gebieten (Hummelberg, Sonnenberg-Saalbusch...) und in Bereichen die für die Gemeinde notwendig sind (z.B. Baumaßnahmen, Gehwegbereich...) muss ein bestimmtes Budget zur Verfügung stehen um Handlungsfähig zu sein, wenn Grundstücke angeboten werden. Es müssten daher noch 50.000 € im Ansatz bleiben. Somit für 2025 insgesamt 100.000 €.

Die SPD-Fraktion und ULiP-Fraktion folgen dem Vorschlag der Verwaltung 50.000 € im Jahr 2025 im Ansatz zu belassen.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich 50.000 € für Grunderwerb im Ansatz zu belassen.

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Antrag Verbindung Bürgerhaus von der SPD und ULiP

Dieser Antrag soll ebenfalls für 2025 gestrichen werden.

Antwort der Verwaltung: dies war eigentlich der Ansatz für den Abriss des Gebäudes Hauptstraße 66, dieser Ansatz muss in zweierlei Hinsicht korrigiert werden, zum einen gehört der Ansatz auf 751100101522 Abbruchmaßnahmen und müsste statt 67.500 €, 80.000 € lauten.



GRin Konstandin möchte wissen, ob dies noch im Jahr 2025 geschieht.

BMin Bodner bejaht dies.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich 50.000 € den Ansatz für den Abrissgebäude Hauptstr. 66 zu streichen und stattdessen 80.000 € für den Ansatz Abbruchmaßnahme Hauptstr. 66 einzustellen.

Abstimmung: 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Antrag Erweiterung/Neubau Hort Söllingen von der SPD und ULiP

Auch dieser Antrag soll ebenfalls für 2025 gestrichen werden.

Antwort der Verwaltung: für die Endabrechnung der Hortcontainer müssten noch insgesamt 550.000 € im Ansatz bleiben. Es sollen 800.000 € für die Erweiterung Neubauhort in das Jahr 2026 verschoben werden.

GRin Konstandin möchte wissen, ob es sich um die Container die Interimslösung sind handelt. Diese müssten doch woanders abgerechnet werden.

AL Sturm antwortet, dass sie teilweise woanders ist. Zudem sind noch Leistungen wie Fundamente, Anschlüsse und Klimaanlage abzurechnen, sodass weitere Kosten auf die Gemeinde zukommen werden.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich für die Endabrechnung der Hortcontainer insgesamt 550.000 € im Ansatz zu belassen. 800.000 € für die Erweiterung Neubauhort werden in das Jahr 2026 verschoben.

Abstimmung: 12 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Antrag Bahnhofstr. 7 von der SPD und ULiP

Der Verkauf ist aufgrund von gravierenden Brandschutzmängeln nicht für Heimatverein geeignet. Ansätze 2026 ff. mit insgesamt 378.000 € soll gestrichen werden. Dafür sollen Einnahmen für Grunderwerb eingestellt werden.

Antwort der Verwaltung: Grundsatzdiskussion über das Sanierungsgebiet im Rahmen des Haushalts 2026/27

GRin Konstandin erklärt, dass der Antrag eingebracht wurde, damit sich das Gremium damit auseinandersetzen kann. Herr Dickemann hatte damals deutlich gemacht, dass nur begrenzt Grundvermögen zur Verfügung steht.

Beschluss: Der Antrag wurde zurückgezogen.

2. Ergebnishaushalt:

Antrag Gewerbesteuer von der SPD und ULiP

Grundsteuer für Gewerbestandteile wurde mit der Grundsteuerreform in den meisten Fällen günstiger. Deshalb soll die Gewerbesteuer überprüft werden. Die Verwaltung wird gebeten über die eingekommene Grundsteuer für Gewerbestandteile 2025 im Vergleich zu 2024 informieren und anschließend die Höhe der Gewerbesteuer auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.



Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, den Gemeinderat über die eingenommene Grundsteuer für Gewerbegrundstücke 2025 im Vergleich zu 2024 informieren und anschließend die Höhe der Gewerbesteuer auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Antrag Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Es wird beantragt ein Konzept für ein Parkraummanagement in Pfinztal zu erarbeiten, um Einnahmen zwischen ca. 360.000 € und 500.000 € für die Gemeinde zu generieren. Mit diesen Einnahmen könnte beispielsweise der gestrichene Ansatz für den Hochwasserschutz am Bocksbach finanziert werden. Dabei geht es um die Daseinsvorsorge der Anwohner. Um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts für die nächsten Jahre zu ermöglichen, werden leider auch zukünftig unpopuläre Maßnahmen unabdingbar. Die hohen Investitionskosten durch die Baumaßnahmen für die PKW-Unterführung am Bahnübergang Söllingen wirken sich – wie es voraussehbar war - neben externen Faktoren katastrophal für Pfinztals Haushaltslage aus.

BMin Bodner merkt an, dass fraglich ist, ob der Antrag in der heutigen Sitzung abschließend behandelt werden kann. Sie hält es für sinnvoller, das Thema im Rahmen der Haushaltsplanung 2026 zu behandeln. Dafür sollte auch Herr Zengin aus der Verwaltung hinzugezogen und ein eigener Tagesordnungspunkt vorgesehen werden. Sie bittet daher, den Antrag im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt zurückzuziehen.

GRin Lühje-Lenhardt erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Antrag zurückgezogen wird.

AL Sturm erwähnt noch, dass die Haushaltsdiskussion im Herbst beginnen wird.

Beschluss: Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag Aufwandsentschädigungen der Gemeinderäte von der AFD

Der Gemeinderat beschließt, die Aufwandsentschädigungen bis zu einem ausgeglichenen Haushalt auszusetzen und ca. 61.000 € einzusparen. Begründung: Für den steuerabführenden Bürger ist es schwer nachvollziehbar, warum weiterhin öffentliche Mittel für die Aufwandsentschädigungen von Gemeinderäten aufgebracht werden, die mitverantwortlich für die derzeitige finanzielle Lage der Gemeinde sind. Die Nachvollziehbarkeit solcher Ausgaben gerät zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion: Während Bürgerinnen und Bürger verstärkt mit Steuererhöhungen und Einschränkungen zu kämpfen haben, erscheint die fortgesetzte finanzielle Unterstützung jener, die an der Gestaltung der aktuellen Situation maßgeblich beteiligt sind, widersprüchlich. Dies führt zu berechtigtem Unmut und stellt das Verantwortungsbewusstsein infrage.

AL Bauer weist darauf hin, dass eine Entschädigungssatzung besteht und das Gremium selbst darüber entscheidet. Nach der Gemeindeordnung steht eine Entschädigung grundsätzlich zu. Würde das Gremium die Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Tätigkeit aufheben, müsste die Verwaltung die Einzelaufwendungen prüfen, was zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand führen würde.

GR Dr. Gettwert zieht den Antrag zurück.

Beschluss: Der Antrag wurde zurückgezogen.



Antrag Präsentationen, Bewirtung von der AFD

Der Gemeinderat beschließt, bis ein positiver Haushalt vorliegt, auf Feieressen und Verpflegung bei Sitzungen zu verzichten. Begründung: Viele Unternehmen haben Bewirtungskosten aus wirtschaftlichen Gründen reduziert oder gestrichen. Für die Bürger, die die Gemeinde mit Steuern finanzieren, ist es schwer nachvollziehbar, dass solche Ausgaben weiterlaufen, während sie selbst Einsparungen leisten müssen. Dies führt zu Fragen der fairen Verwendung öffentlicher Mittel.

AL Bauer teilt mit, dass es die Entscheidung des Gremiums ist, ob wegen der Finanzlage auf das Weihnachtsessen verzichtet wird. Er möchte auch noch betonen, dass der Betrag von 14.700 € für das ganze Jahr gesehen wird und nicht nur für das Weihnachtsessen.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt, bis ein positiver Haushalt vorliegt, auf Feieressen und Verpflegung bei Sitzungen zu verzichten.

Abstimmung: 2 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Antrag Mitgliedsbeitrag Gemeindetag Baden-Württemberg von der AFD

Der Gemeinderat beschließt den Mitgliedsbeitrag Gemeindetag BaWü zu kündigen. Begründung: Der Gemeindetag Baden-Württemberg nimmt für sich in Anspruch, die Interessen der Städte und Gemeinden zu vertreten und politische Entscheidungsprozesse auf Landes- und Bundesebene aktiv mitzugestalten. Doch trotz dieser offiziellen Aufgaben bleibt die finanzielle Situation zahlreicher Kommunen des Landes besorgniserregend – ein Zustand, der sich über Jahre hinweg weiter verschlechtert hat. Die Finanzkrise in der sich fast alle Gemeinden befinden, wirft Zweifel an der Wirksamkeit des Gemeindetags auf. Wenn die Mitgliedschaft keinen Nutzen bringt, sollte geprüft werden, ob die Beiträge nicht besser in wichtige kommunale Aufgaben investiert werden, gerade in Zeiten, in denen Gemeinden gezwungen sind, drastische Einsparungen vorzunehmen.

Antwort der Verwaltung: Die Beiträge umfassen nicht nur den Gemeindetag, sondern auch andere Institutionen wie z.B. die KGSt. Die Verwaltung prüft die Mitgliedschaften stetig und kündigt ggf. auch wenn diese keinen Nutzen mehr bringen. Gerade der Gemeindetag liefert täglich jedoch Infos zu Gesetzesänderungen, Vorhaben, liefert Arbeitshilfen usw. die unerlässlich sind. Verliert die Kommune diese Informationsquelle so ist sie quasi von tagesaktuellen Informationen abgeschnitten. Ebenso auch von Sitzungsmustern, Vergleichsringen zu anderen Kommunen und Beratungsleistungen z.B. bei Gebühren, Satzungen. Wie dies kompensiert werden könnte ist fraglich, da die direkten Wege von Ministerien bis zu den Kommunen meist länger dauern und nicht immer die Informationsqualität bieten wie der Gemeindetag. Ebenfalls sind auch die Gemeinderäte direkt betroffen, da keine GT-Info mehr abonniert oder Fortbildungen besucht werden können. Daher raten wir von einer Kündigung ab. Ähnliches gilt für die Mitgliedschaft in der KGSt. Andere Mitgliedschaften werden ggf. dann gekündigt oder dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt, wenn sich kein Nutzen mehr bietet.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt den Mitgliedsbeitrag Gemeindetag BaWü zu kündigen.

Abstimmung: 2 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen



Antrag Veranstaltungen für die Öffentlichkeitsarbeit von der AFD

Der Gemeinderat beschließt den Posten „Veranstaltungsaufwand für Öffentlichkeitsarbeit“ zu streichen. Begründung: Digitale Plattformen und soziale Medien bieten mittlerweile effiziente und kostengünstige Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren und aktiv einzubinden – ohne die Notwendigkeit hoher Veranstaltungsbudgets. Angesichts der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde ist eine gezielte Priorisierung der verfügbaren Mittel unerlässlich. Die Streichung dieses Postens trägt dazu bei, Ressourcen gezielt für essenzielle kommunale Aufgaben wie Bildung oder soziale Infrastruktur einzusetzen und damit den nachhaltigen Nutzen öffentlicher Gelder zu optimieren

Antwort der Verwaltung: Zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört auch die Repräsentation und Darstellung nach Außen. Zum Veranstaltungsaufwand gehören auch Ausgaben für Bürgerinformationsveranstaltungen, Einwohnerversammlungen u.ä.. Auch digitale Formate benötigen ein Budget z.B. für Moderation, Einrichtung der Technik o.ä. Eine komplette Streichung ist daher nicht möglich.

GR Dr. Gettwert erläutert, dass es ihm beim Antrag nicht um eine Streichung, sondern vielmehr um die Klärung unklarer Posten geht.

AL Bauer erklärt, dass die Posten grundsätzlich bekannt seien und jeweils einer konkreten Aufgabe der Gemeinde zugeordnet werden können. Das Haushaltsrecht sehe hierfür eine Budgetbildung vor. Eine genaue Aufstellung kann gerne nachgereicht werden, sei aber auf die Schnelle nicht Verfügbar.

GR Dr. Gettwert zieht den Antrag zurück, bis zur Klärung.

AL Sturm schlägt vor, das Thema im Haushalt 2026/2027 erneut aufzugreifen. Dann könnte man auch die entsprechenden Zahlen liefern.

Beschluss: Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag Ehrungen von der AFD

Der Gemeinderat beschließt den Posten „Ehrungen“ um 2/3 zu kürzen. Begründung: Öffentliche Mittel sollten vorrangig für essenzielle kommunale Aufgaben wie Infrastruktur, Bildung und soziale Dienste eingesetzt werden, um die grundlegende Versorgung und Entwicklung der Gemeinde sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund können Ehrungen, insbesondere wenn sie mit Veranstaltungskosten verbunden sind, als nachrangige Ausgaben betrachtet werden. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten könnte es für Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbar sein, warum Ehrungen weiterhin finanziert werden, während gleichzeitig in anderen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden.

Antwort der Verwaltung: Einerseits besteht der Ehrenordnung der Gemeinde Pfinztal die Verpflichtung diese durchzuführen. Andererseits gibt es immer wieder Bereiche und Anlässe an denen Seitens der Gemeinde Ehrungen notwendig werden. Beispielsweise auch wenn Seitens des Landes eine Ehrung ansteht die von der Bürgermeisterin vollzogen werden, erhalten die Geehrten zumeist auch von der Gemeinde noch ein kleines Präsent (z.B. Blumenstrauß). Des Weiteren werden auch Ehrungen von Ehejubilaren u.a. durchgeführt. Ebenso enthalten sind Ehrungen z.B. bei Ausscheiden aus dem Gemeinderat, Ehrungen von Vereinen bei Jubiläen, Ehrungen bei Beerdigungen und viele weitere Anlässe bei „denen es sich gehört“ die Personen entsprechend zu würdigen.

GR Dr. Gettwert möchte wissen, woher der genannte Betrag stammt, da ihm dieser zu hoch erscheint.



AL Bauer erklärt, dass der Betrag auf den ersten Blick hoch erscheint, jedoch nachvollziehbar ist. Ein Ehrenabend umfasst in der Regel etwa 50 bis 100 Gäste, die bewirtet werden und Präsente erhalten. Die Ehrenordnung legt bestimmte Beträge fest. Medaillen werden nicht jedes Jahr einzeln gekauft, sondern in größeren Mengen bestellt und anschließend graviert, was auch Kosten verursacht. In manchen Jahren entstehen dadurch höhere Ausgaben. Der Großteil der Summe entfällt auf den Ehrenabend, aber auch bei einem Jubiläum bekommt man ein Präsent. In der Gesamtschau summiert sich dieser Posten.

GR Dr. Gettwert zieht den Antrag zurück.

Beschluss: Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag Medien für Bücherei von der AFD

Der Gemeinderat beschließt den Posten „Medien für Bücherei“ um 2/3 zu kürzen.
Begründung: Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Durchschnittspreis für neu erschienene Bücher im Jahr 2020 bei 27,85 Euro. Auf Basis dieses Preises könnten mit dem derzeitigen Budget von 17.800 Euro jährlich etwa 639 Bücher angeschafft werden. Selbst nach einer Kürzung der Mittel wäre es weiterhin möglich, rund 213 Bücher pro Jahr zu erwerben. Diese Zahlen verdeutlichen, dass auch mit einem reduzierten Budget eine gezielte Investition in neue Bücher möglich bleibt, während gleichzeitig finanzielle Ressourcen andere dringende kommunale Aufgaben freigesetzt werden können.

Antwort der Verwaltung: Zu den Medien gehören nicht nur Bücher. Wie die Bücherei in einer der letzten Sitzung dargestellt hat, umfasst das Angebot mehr als nur den Verleih gebundener Bücher. Die Palette der Medien umfasst sowohl Bücher als auch Zeitschriften, DVD's, CD's, Onlineangebote, Tonies, TipTois für Kinder und vieles mehr. Hier ist der Durchschnittspreis für Bücher nicht ausschlaggebend. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt sehr sparsam und zielgerichtet. Die Zahl der Kunden in der Bücherei wächst stetig. Es sind knapp 27.000 Medien im Bestand und im Jahr 2024 erfolgten rund 59.000 Entleihungen. 2024 erfolgten mit 17.800 Euro 1.045 physische Neuanschaffungen und Lizenzen für digitale Medien. Insbesondere um ein niederschwelliges Bildungsangebot für jedermann anbieten zu können ist eine Kürzung nicht zu empfehlen, desweiteren wäre dann zu prüfen inwiefern Verträge für Lizenzen u.ä. überhaupt noch zu bedienen wären. DeFacto könnte die Kürzung dazu führen, dass keine oder nur noch wenige Neuanschaffungen mehr getätigt werden können da lediglich noch die Onlinelizenzkosten bedient werden könnten. Ebenfalls müsste die Leseförderung ggf. in Frage gestellt werden. Zu den Aufgaben und den Umfang der Bücherei wird weiter auf die Präsentation im FA vom 08.04.2025 verwiesen.

AL Bauer erklärt, dass im Budget auch Online-Angebote, CDs, DVDs etc. enthalten sind. Eine Kürzung um zwei Drittel würde das stark einschränken. Zudem weist er darauf hin, dass die Kolleginnen der Bücherei das Budget nie überschreiten. Aus Sicht der Verwaltung sollte der Posten unverändert bleiben.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt den Posten „Medien für Bücherei“ um 2/3 zu kürzen.

Abstimmung: 2 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen



3. Haushaltsstruktur:

Antrag von der Bündnis 90 / Die Grünen

Strukturelle Haushaltsprobleme sollen parallel zu kurzfristigen Maßnahmenkatalogen angegangen werden. Dafür könnten Kooperationen mit Nachbargemeinden wie zum Beispiel Walzbachtal oder Karlsbad geprüft werden, um Synergie-Effekte auszuschöpfen, die Einsparungen für den Haushalt erbringen und für Entlastung der Mitarbeitenden kommunaler Verwaltungen sorgen (Kooperationen und Zusammenführungen bezüglich z.B. Feuerwehren, Digitalisierung, Parkraummanagement, ...)

AL Sturm schlägt vor, dieses Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 zu behandeln.

GR Drescher betont, wie wichtig es ist, einzelne Ideen einzubringen. Die Anregung stammt von der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl. Es sei dringend notwendig, zu prüfen, wo Kooperationen sinnvoll und notwendig sind. Die Hochschule weist darauf hin, dass Ortsteile mit vielen Einwohnern besonders gefährdet sind. Der Antrag wird zurückgezogen.

Beschluss: Der Antrag wurde zurückgezogen.

GR Ringwald bittet im Hinblick auf den Haushalt 2026, möglichst bis dahin einen Jahresabschluss vorzulegen. Dies würde einen besseren Vergleich der Zahlen ermöglichen.

AL Sturm bedankt sich für die Diskussion und kündigt an, die Anträge entsprechend einzuarbeiten, sodass sie dem Gremium schnellstmöglich vorgelegt werden können.

Beschluss:	Der Gemeinderat berät über den Entwurf des Nachtragshaushaltsplans und der Nachtragshaushaltssatzung 2025 und stimmt über die vorliegenden Anträge ab.
-------------------	---



**7. Belieferung Holzhackschnitzel
- Auftragsvergabe**

BMin Bodner leitet in den TOP ein und fragt, ob seitens des Gremiums noch Diskussionsbedarf besteht.

GR Dr. Gettwert möchte wissen, wie viel geliefert werden soll.

AL Pöschl antwortet, dass Vertragsbestandteil die Lieferung von 2.200 Schüttraummetern ist.

GR Dr. Gettwert fragt weiter, ob die Preise mit den marktüblichen Preisen verglichen wurden.

AL Pöschl erklärt, dass eine Ausschreibung erfolgte. Es wurden fünf Unternehmen gefragt. Die eingegangenen Angebote entsprechen den marktüblichen Preisen. Zudem wurde Rücksprache mit dem Forst gehalten. Das Holz stammt aus dem eigenen Wald, die Firma übernimmt die komplette Leistung.

GR Hörter ergänzt, dass dieses Vorgehen seit Jahren üblich ist. Man lege bewusst Wert darauf, Holz aus dem eigenen Wald zu verwenden und eine ortsansässige Firma zu beauftragen.

GR Nickles äußert Bedenken zum Holzeinschlag und zur Abrechnung. Er ist der Meinung, dass Herr Köpf die Rechnung anpassen soll, da eine doppelte Bezahlung vermieden werden muss.

AL Pöschl nimmt die Anmerkung zur Kenntnis.

GR Vortisch betont, dass nicht ein regionaler Anbieter gewünscht wurde, sondern explizit Holz aus dem eigenen Wald und mit eigenem Gewerbe genutzt werden soll. Er stimmt dem Vorgehen zu.

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Beschluss:	Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich zu, dass die Firma Bampi den Zuschlag zur Belieferung mit Holzhackschnitzel für die Heizperiode 2026/2027 erhält.
-------------------	--



8. Mitteilungen der Bürgermeisterin

BMin Bodner berichtet über die Friedhofscommission und übergibt das Wort an AL Bauer.

AL Bauer erklärt, dass momentan mit Frau Maisenhölder intensiv an dem Thema gearbeitet wird. Frau Maisenhölder hat bereits alle Friedhöfe in Pfinztal besichtigt und wird nun erste Maßnahmen vorbereiten. Voraussichtlich nach den Sommerferien soll die erste Sitzung der Kommission in einem Ortsteil vor Ort an einem Friedhof stattfinden. Aktuell benötigt sie noch einige Informationen von der Friedhofsverwaltung. Zudem sind Gespräche zur Einrichtung gärtnergepflegter Grabfelder geplant. Hierfür wird ein Gärtner benötigt.

GRin Konstandin erzählt, dass sie zufällig mit einem Gärtner gesprochen habe, der Interesse daran hätte, alle vier Friedhöfe in Pfinztal zu betreuen.

AL Bauer bedankt sich für die Information und bittet GRin Konstandin, nach der Sitzung noch auf sie zuzukommen.

9. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

GR Dr. Rahn stellt eine Frage zum Neubaugebiet Heilbrunn-Engelfeld, die nicht sofort beantwortet werden muss. Zu diesem Baugebiet wurde ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Landratsamt abgeschlossen. In diesem Vertrag verpflichtet sich die Gemeinde Pfinztal, sämtliche Maßnahmen gemäß den Festsetzungen innerhalb der ersten drei Jahre umzusetzen und anschließend alle drei Jahre ein Monitoring nach § 14 BauGB durchzuführen. Eine ähnliche Vorschrift sei auch im Umweltbericht des Bebauungsplans enthalten. Er möchte wissen, ob dieses Monitoring bereits erfolgt ist.

GR Hörter merkt an, dass während der Corona-Zeit auf der Homepage der Gemeinde Pfinztal die Sterbefälle samt Informationen zu den Beisetzungsterminen veröffentlicht wurden. Seit die Pandemie vorbei ist, ist das nicht mehr der Fall.

BMin Bodner nimmt dies zur Kenntnis.

10. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Ein Bürger aus Wöschbach erzählt, dass er vier Punkte hat die ihn kommunalpolitisch nachdenklich gemacht haben. Er berichtet von einer Würdigung anlässlich des 90. Geburtstags von Reinhold Würth, dem Schraubenkönig aus Künzelsau. Dort sei gesagt worden: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, müssen wir wohl oder übel mehr arbeiten. Was dabei nicht angesprochen wurde, ist der stark gesunkene Bildungsniveau. Die Zahl der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsbildung ist mittlerweile auf 1,6 Millionen gestiegen. Der zweite Punkt betrifft die Fraktion der Grünen und ihr Bemühen um sogenannte Wohlfühlfaktoren. Bevor solche Ausgaben künftig wieder finanziell abgesichert werden, wäre es angebracht, zunächst einen genauen Blick auf die Kostenstrukturen in den Kindergärten zu werfen. Der dritte Punkt betrifft die Kastanien, die gefällt wurden. Er wurde von mehreren Bürgern angefragt, ob dies mit einer Forderung verbunden ist. Als letzten Punkt äußert er seine Sorge über die Schließung der Firma Büschel zum 28. Mai. Immer mehr Einzelhandelsunternehmen schließen. Der Gemeinderat soll sich mit dieser Entwicklung auseinandersetzen und sich bitte Gedanken machen.



Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

Nicola Bodner
Bürgermeisterin

Angelika Konstandin
Gemeinderätin

Jana Gammel

Barbara Schaier
Gemeinderätin